

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 3-4/2022



- Diesmal u. a.:
- Kredite für den Krieg
 - Soziale Verteidigung
 - Krieg in der Ukraine
 - Stark gegen Diskriminierung und Gewalt

Inhalt

NELE ANSLINGER	
Soziale Verteidigung.....	3
ELISE KOPPER	
Kriegsfinanzierung, illegitime Schulden und koloniale Strukturen im Finanzsystem	5
TEJAN LAMBOI	
Ziviles Peacekeeping entkolonialisieren?	7
CHRISTINE SCHWEITZER	
Informationsblatt: Anregungen zur Überwindung des Stillstands im Ukraine-Konflikt.....	9
GEORG ADELMANN	
Was ist Normalität?	13
TEJAN LAMBOI	
Ableismus.....	15
STEPHAN BRÜES	
„Not Our War“ in Utrecht.....	17
Infos und Materialien aus dem BSV.....	19

Impressum

Rundbrief Nr. 3-4/2022
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
🐦 twitter.com/so_verteidigen
📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto
IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>

Redaktion und V.i.S.d.P.:
Dr. Christine Schweitzer
Gestaltung: Maryam Aliakbari
Druck: art & image Minden
Auflage: 3.900
Erscheinungsweise vierteljährlich
Titelbild: Sticker, produziert vom BSV.

Beileger:
Stiftung Kraft der Gewaltfreiheit

Editorial

Liebe Leser*innen,

das Jahr 2022 neigt sich seinem Ende zu, wenn dieser Rundbrief bei Ihnen und Euch ist. Es war ein Jahr, das oftmals mit dem Scholz'schen Schlagwort der „Zeitenwende“ beschrieben worden ist. Der russische Angriff auf die Ukraine, die nahezu ungehemmte Aufrüstungswelle in Deutschland und Europa, die bis zu uns reichenden wirtschaftlichen Folgen der Doppelkrise von Corona und Krieg und das Tabuisieren von Stimmen, die zu Deeskalation und Vorrang für Zivile Konfliktbearbeitung aufrufen, lassen auf den ersten Blick für das kommende Jahr wenig Gutes erwarten. Und doch erleben wir auch anderes: Friedensveranstaltungen werden von deutlich mehr Menschen besucht als früher und unsere Materialien deutlich mehr nachgefragt. Der Eindruck aus den TV-Fernsehtalks trügt: Viele Menschen suchen nach Alternativen und nach Antworten jenseits von „Wir müssen der Ukraine helfen, den Krieg zu gewinnen“ und jenseits von „Wir müssen uns rüsten, damit wir nicht die nächsten Opfer sind“. Es ist schwer vorstellbar, dass es im kommenden Jahr nicht gelingen sollte, diesen Stimmen auch öffentlich Gehör zu verschaffen. Die Unzufriedenheit mit der militarisierten Politik kann nicht unbegrenzt totgeschwiegen werden. Sie wird sich Bahn schaffen und wir zu einem echten gesellschaftlichen Dialog über Frieden und Gewaltfreiheit zurückfinden.

In diesem Rundbrief, der einmal mehr aus Kostengründen als Doppelnummer erscheint, beschäftigen wir uns vor allem mit unserer eigenen Arbeit: Der neuen Kampagne zur Sozialen Verteidigung („Wehrhaft ohne Waffen“), dem Projekt gegen rassistische Diskriminierung, dem Fachgespräch zu Krediten und Krieg und natürlich auch wieder mit dem Klimawandel. Eingelegt sind vier Seiten mit ein paar Vorschlägen und Gedanken zur Deeskalation des Ukrainekriegs.

Wir wünschen allen Leser*innen, die Weihnachten feiern, ein gutes Fest, allen anderen erholsame freie Tage und allen ein gutes und hoffentlich friedlicheres neues Jahr!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Foto links: Gruppenfoto des ersten Treffens des Initiativkreises in Essen am 3.-4.6.2022.

© C. Schweitzer

Foto rechts: Treffen des Initiativkreises von "SV Voranbringen" in Wendisch-Rietz am 26.-28.10.2022.

© C. Schweitzer

Soziale Verteidigung Neue Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ gestartet!

Wenn wir in die Welt schauen, sehen wir einen großen Wunsch nach Frieden, aber auch große Ratlosigkeit, wie das gelingen soll. Die Zahl der weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen und gewalttätigen Konflikte nimmt nach wie vor zu – und nicht ab. Der Umgang mit Konflikten wird im Wesentlichen aus einer Perspektive der militärischen Sicherheitslogik betrachtet.

Große Teile der Bevölkerung haben noch nie etwas von Sozialer Verteidigung gehört und mindestens ebenso große Teile der Friedensbewegung ringen – spätestens seit der russischen Invasion in die Ukraine – mit ihrer Haltung.

Dies soll sich wieder ändern!

Aus diesem Grund hat sich Anfang des Jahres 2022 eine kleine Gruppe engagierter Einzelpersonen und Organisationen zusammengetan, um erste Ideen für eine mögliche Kampagne zu spinnen. Ziel und Vision dieser Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ ist es, Soziale Verteidigung als wirksame sicherheitspolitische Alternative zurück in das öffentliche Bewusstsein zu tragen. Soziale Verteidigung soll wieder als Möglichkeit bekannt werden, Menschen aktiv Handlungsmacht zu geben.

Die Vorteile Sozialer Verteidigung liegen dabei auf der Hand: Anders als bei gewaltsamem Widerstand können wesentlich mehr Menschen teilnehmen, da dezentrale und spontane Aktionen unterschiedlicher Dauer und Intensität möglich sind. Auch wird das, was geschützt werden soll, deutlich nachhaltiger vor Zerstörung bewahrt.

Seit Oktober arbeiten nun zwei hauptamtliche Mitarbeiter*innen zusammen mit einem großen ehrenamtlichen Team an der Weiterentwicklung der Kampagne. Mit Erfolg! Unser Vorhaben hat eine stabile Basis, die ersten Modellregionen stehen in den Startlöchern - wir gehen an die Öffentlichkeit!

Die vorerst auf 15 Monate angelegte Kampagne ist dabei zwar beim BSV angesiedelt, wird aber von einem breiten Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen getragen.



© Privat

Autorin:

NELE ANSLINGER ist die Kampagnen-koordinatorin der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“. Sie hat in Marburg Friedens- und Konfliktforschung mit den Schwerpunkten zivile Konfliktbearbeitung und Friedenspädagogik studiert. Bisher hat sie u.a. mit den Methoden des Theaters der Unterdrückten zu gesellschaftlicher Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention gearbeitet.

Modellregionen als Dreh- und Angelpunkt der Kampagne

Elementarer Baustein der Kampagne ist dabei die Entwicklung von Modellregionen. Diese agieren weitgehend unabhängig und entwickeln auf Grundlage der jeweiligen lokalen Gegebenheiten eigene Konzepte und Formate. Damit soll einerseits Soziale Verteidigung vor Ort entwickelt und andererseits die Öffentlichkeit über Grundlagen und Möglichkeiten aufgeklärt werden können. Die Regionen erhalten dabei von der Kampagne je nach Bedarf unterschiedliche Unterstützung.

Mit dieser Struktur wird die Handlungsmacht der lokalen Gruppen vor Ort gestärkt und regional auf die Bedarfe und Gegebenheiten eingegangen. Menschen mit unterschiedlichsten Lebensrealitäten können sich in ihrem persönlichen Umfeld engagieren und vernetzen. Lokale Koordinator*innen der Modellregionen arbeiten als Ansprechpartner*innen vor Ort.

Im Aufbau befinden sich momentan die Modellregionen Wendland, Offenburg und Köln. Nach bisherigem Stand der Dinge werden sie ab Januar mit ihrer Arbeit beginnen. Weitere Regionen sind in Planung. Auch in Augsburg hat sich unabhängig eine engagierte Gruppe gebildet, mit der unsere Kampagne in regem Austausch steht.

Alle können mitmachen!

Wichtig zu betonen ist, dass Interessierte nicht in einer Modellregion leben oder eine solche aufbauen müssen, um sich an der Kampagne beteiligen zu können! Alle interessierten Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Institutionen, Landkreise etc. können sich unkompliziert der Kampagne anschließen, sofern sie dem grundlegenden Konsens der Kampagne zustimmen.

Vernetzungs- und Bildungsangebote

Zur Unterstützung der Modellregionen und lokalen Ortsgruppen bietet die neue Kampagne verschiedene Angebote, z.B. in Form von Vorträgen, Seminaren, Infomaterial und in begrenztem Maße finanzielle Unterstützung.

In vielen verschiedenen Arbeitsgruppen entstehen Konzepte für Bildungs- und Veranstaltungsangebote. Dabei reicht die Bandbreite von Workshops zu den Grundlagen Sozialer Verteidigung bis hin zu Planspielen und Vorträgen. Zudem entstehen Handbücher sowohl mit möglichen Aktionsformen als auch mit Best-Practice-Beispielen.

Neue Kampagnenwebseite

Ab Ende des Jahres wird es eine eigene Kampagnen - Webseite geben, auf der alle wichtigen Informationen, Materialien und Kontakte zu finden sind. Hier wird es auch die Möglichkeit geben - unabhängig von jeglichem aktiven Engagement für die Kampagne - eine Absichtserklärung zu unterzeichnen. Ihre Adresse: www.wehrhaft-ohne-waffen.de

Bei Interesse können die Kampagnenkoordinatorin Nele Anslinger und der Öffentlichkeitsarbeiter Nicklas Böhm unkompliziert kontaktiert werden:

Anslinger@soziale-verteidigung.de und

Boehm@soziale-verteidigung.de.



Kriegsfinanzierung, illegitime Schulden und koloniale Strukturen im Finanzsystem

Bericht zum Fachgespräch „Kredite für den Krieg“

Mit dem Thema Staatsverschuldung im Globalen Süden hat sich der BSV im diesjährigen Fachgespräch im September 2022 in Magdeburg eines Themas angenommen, das wir so noch nicht auf der Agenda hatten. Zwar gab und gibt es immer mal wieder Berührungspunkte zwischen Friedens- und Entschuldungsbewegung, doch eine tiefergehende Beschäftigung mit diesem nicht ganz einfach zu überblickenden, volkswirtschaftlichen Thema ist in der Arbeit zu Frieden und Konflikt selten zu finden.

Mit diesem Fachgespräch haben wir also ein Stück weit Pionierarbeit geleistet. Und die Reaktionen aus der Abschlussrunde in Magdeburg bestätigen uns darin, dass es sich gelohnt hat. „Ich wusste bislang kaum etwas über das Thema und habe heute viel Neues gelernt“ – ein Satz, der so oder ähnlich mehrfach fiel und der uns zeigt, dass es sich gelohnt hat, über den friedensbewegten Tellerrand zu schauen.

In vielen der Krisen und Konflikten, mit denen wir uns beschäftigen, spielt das Thema Staatsverschuldung eine mal mehr, mal weniger sichtbare Rolle: In Sri Lanka, einem Land, das im April 2022 in den Zahlungsausfall geriet, führte die hohe Staatsverschuldung in eine ökonomische Krise, die heftige, teils gewalttätig niedergeschlagene Proteste auslöste. Am Beispiel der Bürgerkriege in El Salvador und Nicaragua in den 1980er und 1990er Jahren wird deutlich, mit welcher Motivation Kriege von externen Akteuren entweder als Zuschuss-„Geschenke“ oder als Kredite finanziert werden – und welche Auswirkungen das insbesondere in der Nachkriegsphase hat. Im Fall Indonesiens haben deutsche Waffenlieferungen aus Restbeständen der DDR zu massiver Gewalt beige-

Foto links:
Das Fachgespräch in
Magdeburg.

© C. Schweitzer

Foto rechts:
„Eat the Bankers“:
Protest in London 2009
gegen einen G20-Gipfel.

© Ale, C BY-NC-ND 2.0



© Privat

Autorin:

ELISE KOPPER

ist seit 2015
Vorstandsmitglied
im BSV und seit 2020
Referentin für Bildungs-
und Öffentlichkeitsarbeit
beim deutschen
Entschuldungsbündnis
erlassjahr.de –
Entwicklung braucht
Entschuldung e.V.



Foto links:
Schuldenkampagne
(Großbritannien)
am 12. Juni 2021.

© Jubilee Debt Campaign,
CC BY 2.0

Foto rechts:
Asien-Proteste

Collage von Lidy Nacpil

tragen und damit den Tatbestand der „illegitimen Schulden“ erfüllt. In der Ukraine wird spätestens nach Kriegsende und beim Thema Wiederaufbau die Verschuldungsfrage aufkommen – denn die Staatsschulden des Landes sind durch den Krieg in die Höhe geschossen und werden weiter rasant steigen, je länger der Krieg andauert.

Und auch auf Ebene der strukturellen Gewalt ist die Frage der „financial justice“, also der finanziellen Gerechtigkeit, essentiell: denn Staatsverschuldung hat in vielen Ländern des Globalen Südens seine Wurzeln in der Kolonialzeit und die Strukturen des internationalen Finanzsystems, in denen über faire Entschuldung entschieden wird, sind bis heute von Ländern und Institutionen des Globalen Nordens dominiert. Diese strukturelle Ebene war auch etwas, was viele Teilnehmende des Fachgesprächs besonders beschäftigte: Zugespitzt auf die Frage, ob angesichts von kolonialer Ausbeutung und der überwiegend durch Industriestaaten verursachten Klimakatastrophe nicht eigentlich der Globale Norden dem Globalen Süden etwas schulde – und nicht umgekehrt.

Wenn wir eines aus diesem Fachgespräch gelernt haben, dann, dass es sich lohnt, bei unseren friedenspolitischen Analysen auch einen Blick auf die schuldenpolitischen Hintergründe der Konflikte zu werfen. Dieser Blick erschließt neue Konfliktebenen, macht beteiligte finanzpolitische Akteure sichtbar und trägt damit dazu bei, dass letztlich auch neue Konfliktbearbeitungsebenen erschlossen werden können.



Weitere Infos findet ihr auch unter www.erlassjahr.de, u.a. die im August 2022 erschienene Fachinformation „Die Ukraine: Krieg und Überschuldung“: <https://erlassjahr.de/produkt/fachinformation-70-die-ukraine-krieg-und-ueberschuldung/>

Die umfassende Dokumentation zum Fachgespräch ist kürzlich als Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 82 erschienen. Darin findet ihr u.a. Beiträge von Jürgen Kaiser, dem Mitgründer und langjährigen Politischen Koordinator des deutschen Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de, von Lidy Nacpil, einer der prominentesten Stimmen der internationalen Entschuldungsbewegung vom asiatischen Netzwerk APMDD sowie von Dr. Mirjam Weiberg vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, die lange zu Sri Lanka gearbeitet hat.

Auch und gerade Menschen aus unseren Kreisen, die sich bisher noch nie mit dem Thema beschäftigt haben, seien ermutigt, einen Blick in die Dokumentation zu werfen. Denn vielleicht ergeht es euch dann genau wie einer der Teilnehmer*innen in Magdeburg: „Ich bin zu diesem Fachgespräch gekommen und dachte eigentlich, das Thema wäre nichts für mich – aber jetzt will ich noch mehr dazu wissen!“

Die Dokumentation ist demnächst auf unserer Website abrufbar.



Decolonize UCP

Wovon reden wir?

Die Praxis des Zivilen Peacekeepings (ZPK) oder im Englischen „Unarmed Civilian Protection“ (Unbewaffneter Ziviler Schutz - UCP) ist kritisiert worden, weil sie Machtstrukturen reproduziert, die mit dem Kolonialismus verbunden sind - dass weiße Menschen aus dem globalen Norden in den globalen Süden gehen, um dort Zivilist*innen zu schützen. Viele argumentieren zum Beispiel auch, dass der Begriff „schützen“, wie viele andere in der UCP verwendeten Begriffe, Machtungleichgewichte verstärkt und koloniale Kontinuitäten durchsetze.

UCP ist die „Praxis des Einsatzes von speziell ausgebildeten unbewaffneten Zivilist*innen vor, während oder nach einem gewaltsamen Konflikt, um Gewalt zu verhindern oder zu reduzieren, der bedrohten Zivilbevölkerung direkten physischen Schutz zu bieten und belastbare lokale Friedensinfrastrukturen zu stärken oder aufzubauen.“

Dekolonisieren bedeutet, einfach ausgedrückt, den Kolonialismus und seine Kontinuitäten rückgängig zu machen. Es ist ein Prozess, der Lernen und Verlernen beinhaltet; das Erkennen und Übernehmen von Verantwortung für Machtungleichgewichte und Rassismus, die in der Geschichte der Versklavung und des Kolonialismus verwurzelt sind.

In einem neuen Hintergrund- und Diskussionspapier, das auf ihrer Masterarbeit beruht, erörtert Janina Ricarda Rüter, eine ehemalige Praktikantin, wie man Kolonialismus rückgängig machen und koloniale Strukturen in der UCP dekonstruieren kann.

Wie manifestiert sich der Kolonialismus im Zivilen Peacekeeping?

Die Staatsangehörigkeit und der Hintergrund einer Friedensfachkraft sind wichtige Elemente. Warum sollte jemand mit einem bestimmten Pass in der Lage sein, „andere zu schützen“, und welche Rolle spielt es dabei, weiß zu sein oder nicht?

In dem Papier geht es um strukturellen Rassismus und wie er sich innerhalb der UCP in den Organisationsstrukturen, der Sprache, der Partnerschaft mit

Foto links:
Christian Peacemaker Teams (heute: Community Peacemaker Teams) im Irak. CPT gehört zu den Gruppen, deren Freiwilligen vorwiegend aus dem reichen Norden kommen, denen aber das Problem der Dekolonialisierung sehr bewusst ist und daran arbeiten, rassistische und koloniale Privilegien zu überwinden.

© rpb1001, CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Ein weiteres Foto von Christian (Community) Peacemaker Teams.

© Eyal Teutsch, CC BY-NC 2.0



Autor:

TEJAN LAMBOI

ist als Bildungsreferent des BSV verantwortlich für das Projekt „Stark gegen Diskriminierung und Gewalt“.



Foto links:
Nonviolent Peaceforce
hat viele Angestellte
aus den Ländern, in
denen sie arbeiten,
wie hier zwei
Mitarbeiter
im Südsudan.

© NP,
CC BY-NC-ND 2.0

Foto rechts:
Das Team von
Nonviolent
Peaceforce trifft
Dorfbewohner*innen
in den Philippinen.

© NP,
CC BY-NC-ND 2.0

lokalen Akteuren, der Wissensgenerierung und -analyse sowie der Finanzierung manifestiert.

Die Praxis, weiße Mitarbeiter*innen und Freiwillige aus dem globalen Norden in den globalen Süden zu schicken, reproduziert die Dynamik von Rassismus und Kolonialismus. Veränderungen in der Struktur der Organisationen sowie in ihrer Positionierung und Selbstreflexivität sind für die Dekolonisierung der UCP von wesentlicher Bedeutung.

„Die INGO [International Non-Governmental Organizations]-Länderbüros wirken wie neokolonialistische Außenposten, die mit weißen, westlichen Expatriates besetzt sind und die Finanzierung von Entwicklungs-, humanitärer und friedensfördernder Arbeit dominieren, während sie Programme mit wenig lokalem Input umsetzen und damit mit lokalen Organisationen konkurrieren - und diese verdrängen“, so eine Studie von Peace Direct, auf die sich Rüther bezieht.

Die Dekolonisierung der UCP bedeutet, die Existenz von strukturellem Rassismus zu akzeptieren und die kollektive Verantwortung anzuerkennen, das Problem anzugehen.

Bei der Dekolonisierung von UCP sollte, so Rüther, der Schwerpunkt auf der Teilung der Macht liegen - den Menschen zuzuhören und nicht für sie zu sprechen; zu verstehen und zuzulassen, dass die Menschen ihre eigenen Räume haben, zu denen man sich nicht erst Zugang verschaffen muss.

Die Rekrutierung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ist ein weiterer Aspekt, auf den man sich konzentrieren sollte, wenn man auf eine Dekolonisierung des Sektors hinarbeitet. Hier wird die Vielfalt in den Teams hervorgehoben. Teammitgliedern mit unterschiedlichem Hintergrund zu haben und die derzeitigen Standards zu ändern, wird als ein Schritt nach vorne gesehen, um Veränderungen zu erreichen.

Strukturelle Dekolonisierung ist ohne individuelle Dekolonisierung nicht möglich. Sich selbst dekolonisieren: Über die eigene Identität nachdenken, auch über die Privilegien und Motivationen für die Arbeit in diesem Bereich. Es wird empfohlen, die Privilegien, die durch die eigene Identität gewährt werden, und die Verstärkung des weißen Blicks in diesem Sektor zu hinterfragen.

Anerkennung und Übernahme von Verantwortung sind der Schlüssel zum Prozess der Dekolonisierung. Es geht darum, anzuerkennen, dass es strukturellen Rassismus und koloniale Kontinuität gibt, und die kollektive Verantwortung anzuerkennen und sich dem Problem zu stellen. Diese Anerkennung impliziert keine persönliche Schuld, sondern fordert zum Engagement auf.



Das vollständige
Papier, das auf
Englisch verfasst
wurde, kann im BSV-
Onlineshop bestellt
werden
(siehe Seite 19).



Informationsblätter

Anregungen zur Überwindung des Stillstands im Ukraine-Konflikt Weiter so bis zur Erschöpfung?

Es ließe sich viel dazu schreiben, welche faschistoiden Entwicklungen in Russland, welche Versäumnisse von Seiten der NATO-Staaten und welche Fehler bei der Umsetzung von Minsk II zu dem russischen Angriff auf die Ukraine beigetragen haben. Doch jetzt, wo der Krieg sich in absehbarer Zeit jähren wird, muss dringlicher denn je gefragt werden, wie sein Ende beschleunigt werden kann. Hierzu sollen an dieser Stelle einige eher realpolitische Vorschläge gemacht werden.

Die meisten Kriege heutzutage werden – oftmals eher später als früher – durch Verhandlungen beendet, nicht durch einen Sieg einer der Konfliktparteien.¹ Es kann erwartet werden, so sagen auch viele Militärexpert*innen, dass dies auch für den Krieg in der Ukraine zutreffen wird. Die NATO wird mittels ihrer militärischen Unterstützung der Ukraine kaum zulassen, dass Russland siegt und Russlands Militär dürfte zu stark sein, um den Krieg zu verlieren, auch wenn es derzeit eher auf dem Rückzug ist. Dazu kommt die Gefahr, dass die Regierung Putin, wenn der Krieg verloren zu gehen droht, sich entscheiden könnte, auf Atomwaffen zurückzugreifen. Sollte also darauf gewartet werden, bis beide Seiten sich in einem Stellungskrieg festgefahren haben und keine Vorteile auf dem Schlachtfeld mehr sehen, damit sich ein „Fenster der Gelegenheit“ für Verhandlungen öffnet? Viele argumentieren so: „*Hoffnung auf eine diplomatische Lösung unter Wahrung der ukrainischen Eigen-staatlichkeit,*

Unabhängigkeit und territorialen Integrität wird es erst dann geben, wenn Russland keine Möglichkeiten mehr sieht, den Krieg militärisch zu entscheiden.“ Deshalb: „*Die militärische Unterstützung für die Ukraine ist essentiell, um das Gleichgewicht zwischen den Kriegsparteien zu verschieben und einen ‚reifen Moment‘ für aussichtsreiche Waffenstillstandsverhandlungen herbeizuführen“*, so die SWP in einem Papier Ende Oktober.²

Dabei gab es schon einmal Verhandlungen, nämlich im März-April 2022. Dort war die Ukraine bereit, sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen, darunter politische Neutralität und Verzicht auf sofortige Rückgabe der besetzten Gebiete. Internationale Garantenstaaten sollten die Vereinbarungen überwachen.³

Natürlich entsteht bei der Forderung nach „Verhandlungen jetzt“ ein Dilemma: Wie kann eine Einigung zustande kommen, ohne dass auch die Ukraine Zugeständnisse macht? Würde damit der russische Angriffskrieg

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:

www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:

War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

nicht belohnt werden und man sich auf einen „Diktatfrieden“ (Baerbock)⁴ einlassen? Aber was ist die Alternative? Auf einen endgültigen Sieg hoffen, wie es nicht nur die ukrainische Führung, sondern u.a. auch Außenministerin Baerbock zu tun scheint?

Doch andererseits: Mit jeder Woche, in der der Krieg weiter geht, gibt es mehr Tote unter der Zivilbevölkerung wie unter den Soldat*innen beider Seiten, nehmen Zerstörung und Leid zu, wird immer mehr Natur vernichtet und CO₂ freigesetzt. Dazu gibt es die realen Gefahren einer Konflikteskalation über die Ukraine hinaus, wie es sich in der Reaktion auf die – man möchte sagen, „glücklicherweise wohl ukrainische“ Rakete, die im November 2022 in einem grenznahen Ort in Polen explodierte, schon andeutet, eines atomaren Unfalls in einem ukrainischen AKW oder des Einsatzes von Atombomben.

Deshalb sollte nach Lösungen gesucht werden, die nicht auf den Status Quo vor dem Krieg rekurrieren, sondern für die strittigen Gebiete einen Prozess vereinbaren, in dem sich letztlich der Wille der Mehrheit der dort lebenden Menschen (nicht der Wille Kiews oder Moskaus) durchsetzt. Dabei ist der gleichzeitige Schutz der jeweiligen politischen oder ethnischen Minderheiten von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört nicht nur der Schutz vor physischen Übergriffen, sondern z.B. auch das Recht auf freie Ausübung der eigenen Sprache und Kultur (Autonomierechte).

Für die Krim könnte das z.B. bedeuten, dass man sich auf ein neues Referendum verständigt, in dem alle stimmberechtigt sind, die 2014 dort gelebt haben und in dem per Briefwahl auch diejenigen mit abstimmen können, die nach der Annexion aus der Krim geflohen sind.

Für die anderen drei von Russland annektierten Regionen⁵ könnte das Beispiel von Ostslawonien herangezogen werden. Ostslawonien⁶ ist ein Teil Kroatiens, der 1992 von dem serbischen Militär besetzt wurde. Mit Zagreb und der örtlichen serbischen Administration vereinbarte die UN 1996 die Einrichtung eines Protektorats („United Nations Transitional Administration“), das zwei Jahre andauerte, von UN-Truppen überwacht wurde und in dem eine Wiederherstellung eines zivilen Lebens und Miteinanders der Bevölkerung so erfolgreich umgesetzt

wurde, dass nach der Reintegration Ostslawoniens an Kroatien es zu keiner neuen Massenfluchtbewegung kam.⁷

Die humanitären Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau (Getreideabkommen, Abzug von Zivilbevölkerung aus umkämpften Gebieten, Gefangenen austausch, Monitoring von Saporischschja durch die IAEA) zeigen, dass beide Seiten in der Lage zu Kompromissen sind. Deshalb gilt es,

- vermittelnde Kräfte zu finden, die Zugang zu beiden Seiten haben (bzw. Teams von Vermittler*innen, die das als Team können, denn es gibt nicht immer den/die idealen neutralen Vermittler, manchmal hilft es, wenn in einem Team sowohl Personen sind, die der einen Seite nahe stehen und andere, die eher der anderen nahe sind.)
- Druck auf alle Seiten, auch auf die Ukraine auszuüben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.⁸ Ohne einen solchen Druck wird es kaum passieren.

Viele zweifeln, dass der Krieg beendet werden kann, solange Putin an der Macht ist. Doch was könnte geschehen, um die russische Innenpolitik zu beeinflussen? Eine Möglichkeit drängt sich auf: Glaubhaft anzukündigen, dass ein Großteil der Sanktionen gegen Russland in dem Moment aufgehoben wird, in dem Russland einem Waffenstillstand zustimmt, und alle Sanktionen aufgehoben werden, sobald es sich aus der Ukraine zurückzieht. Leider ist es bei Sanktionsregimes i.d.R. so, dass Sanktionen leichter verhängt als wieder aufgehoben werden, weil es immer einen Grund zu geben scheint, sie fortzusetzen.⁹ Die Erfahrungen des Irak und des Iran werden auch den Mächtigen in Moskau nicht unbekannt sein. Doch wenn ihnen eine reale Perspektive geboten würde, wieder frei wirtschaften und reisen zu können, sobald der Krieg zuende ist, könnte das vielleicht ihre Motivation, etwas an ihrer politischen Führung zu ändern, deutlich steigern.

Und vor Kriegsende?

Auch bevor es zu Verhandlungen und/oder einem Waffenstillstand kommt (Achtung: Nicht in allen Kriegen wird erst verhandelt, wenn die Waffen schweigen, oftmals geht beides Hand in Hand), gibt es realpolitische Möglichkeiten, den Konflikt zu deeskalieren:

- Kein Aufenthalt von Truppen und keine Waffenlager nahe ziviler Einrichtungen. Obwohl im humanitären Völkerrecht verboten, scheinen alle Seiten Wohngebiete und zivile Einrichtungen zur Deckung von Truppen und Waffen zu nutzen.
- Keine Kämpfe nahe von AKWs oder chemischer Industrie; Schaffung von entmilitarisierten Zonen rund um Saporischschja und Tschernobyl.
- „Offene Städte“: „Offene Städte“ ist ein völkerrechtlicher Status, der im 2. Weltkrieg vielfach angewendet wurde. Eine Stadt, die diesen Status für sich erklärt, nimmt eine Besetzung durch die feindlichen Truppen hin, ohne Widerstand zu leisten.¹⁰
- Einheimische und internationale NROs fördern, die Zivilbevölkerung schützen und humanitäre Hilfe leisten.
- Verzicht auf Ersteininsatz aller Atomwaffen anstatt lediglich der Verurteilung von Einsatz und Drohung mit Atomwaffen, wie sie Mitte November vor dem G20-Gipfel ausgesprochen wurde.¹¹
- Darauf achten, die Propaganda der Kriegsparteien nicht zu replizieren.
- Regierung und Zivilgesellschaft in allen Ländern unterscheiden; auch mit der russischen Zivilgesellschaft Kooperation fortsetzen oder verstärken, z.B. auch Städtepartnerschaften wiederbeleben.
- Unbürokratisches Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland und Belarus und der Ukraine¹²
- Alle Seiten zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts anhalten und mit Sanktionen drohen, falls das nicht geschieht. (Siehe Endnote 8)
- Dokumentation von Kriegsverbrechen (aller Seiten) durch unabhängige Beobachter*innen. Das hat wenig kurzfristige Folgen – auch wenn gelegentlich zu lesen ist, dass Menschen im russischen Machtapparat sich der Gefahr bewusst sind, dass sie nach Kriegsende in Den Haag vor Gericht gestellt werden könnten. Aber es ist entscheidend für die Bewältigung der Vergangenheit des Kriegs später. Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist eines der wichtigsten Elemente auf dem Weg in eine friedlichere Zukunft.
- Runterfahren der militärischen Unterstützung der Ukraine, beginnend mit Offensivwaffen, die eine Rückeroberung von Gebieten erlauben.
- Alle anderen Forderungen und Perspektiven sind wohl eher langfristiger Natur, deshalb aber nicht weniger wichtig:
- Abrüstung statt Aufrüstung, Reduzierung der Militärhaushalte und Verzicht auf das „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro.
- Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und Verzicht auf Stationierung und Besitz von Atomwaffen.
- Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung auf allen strategischen Ebenen, denn fast alle Rüstungskontrollverträge wurden in den letzten 10-15 Jahren gekündigt.
- Schaffung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur¹³
- Soziale Verteidigung als Alternative für NATO-Staaten. Hierzu gibt es in Deutschland eine neue Kampagne, „Wehrhaft ohne Waffen“.¹⁴

Stand: Ende November 2022

Autorin: Christine Schweitzer ist Redakteurin des Friedensforums, Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung und wissenschaftliche Mitarbeiterin im IFGK (ifgk.de).



#OBJECT WAR
CAMPAIGN
#ОткажиВойне
#ВідмовВійні

Russland, Belarus, Ukraine: Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer

Hier die Petition unterzeichnen:
<https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

Endnoten

¹ Destradi, Sandra und Andreas Mehler (2010) Wann, wie und warum enden Kriege? GIGA Focus 4/2010, https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/24565529/gf_global_1004.pdf

² <https://www.swp-berlin.org/publikation/friedensverhandlungen-im-krieg-zwischen-russland-und-der-ukraine-mission-impossible>

³ Einzelheiten können hier nachgelesen werden:
https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf
<https://www.woz.ch/2223/ukraine/von-diplomatie-ist-nicht-mal-mehr-die-rede> (Der öfters zitierte italienische Friedensplan des früheren italienischen Außenministers di Maio sah ähnlich aus.)

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/annalena-baerbock-klare-absage-fuer-rufe-nach-verhandlungen-mit-putin-18395401.html>. Der von ihr benutzte Begriff des „Diktatfriedens“ ist übrigens eng mit der Kritik am Versailler Vertrag von royalistischer und nationalsozialistischer Seite her verbunden. Ebenso übrigens wie der Begriff der „Winterhilfe“ (Hinweis von Ulrich Stadtmann), siehe https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/Politik__Inland_/article241932709/Baerbock-kuendigt-G7-Winterhilfe-fuer-die-Ukraine-an.html
https://de.wikipedia.org/wiki/Winterhilfswerk_des_Deutschen_Volkes

⁵ Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson

⁶ Genauer: Ostslawonien, Baranja und West Sirmium

⁷ https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/past/untaes_e.htm

⁸ Im März-April 2022 hatte es Verhandlungen gegeben, in denen die Ukraine zu weitreichenden Zugeständnissen bereit gewesen war. Sie wurden abgebrochen, u.a. weil der Westen signalisierte, dass solche Zugeständnisse unnötig seien. Siehe Zusammenfassung: https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf und <https://responsiblestatecraft.org/2022/09/02/diplomacy-watch-why-did-the-west-stop-a-peace-deal-in-ukraine/>

⁹ Siehe z.B.: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/sanktionen/>

¹⁰ Zu entmilitarisierten Zonen und Offenen Städten siehe: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>; https://de.wikipedia.org/wiki/Offene_Stadt

¹¹ https://www.zeit.de/news/2022-11/14/weisses-haus-biden-und-xi-verurteilen-drohungen-mit-atomwaffen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

¹² Siehe <https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

¹³ Zu verschiedenen Verträgen siehe: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/1-2022-internationale-vertraege>

¹⁴ Siehe <https://wehrhaft-ohne-waffen> und <https://soziale-verteidigung.de/artikel/kampagne-soziale-verteidigung-voranbringen>

Hintergründe – zum Weiterlesen:

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 72, Johanna Unewisse: Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum, ISSN 1439-2011, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, März 2021, 24 Seiten, 3,- Euro
<https://soziale-verteidigung.de/eingefrorene-konflikte-postsowjetischen-raum>

Informationsblatt: Die Ukraine. Ein Land zwischen Ost und West. Die geschichtlichen Hintergründe der Aufstände in der Ukraine, von Saskia Tanja Petersen, April 2014, 4 Seiten
<https://soziale-verteidigung.de/shop/ukraine-land-zwischen-ost-west-geschichtlichen-hintergrunde-aufstande-ukraine>



Was ist Normalität? Simulationen und ihnen entkommen

Anfang dieses Jahres war ich auf einer Demonstration in Münster gegen das Abbagern von Lützerath, einem kleinen Dorf in NRW. Dort verteidigen Aktivist*innen seit Jahren Deutschlands Beitrag zur Einhaltung der Pariser Klimaabkommen und damit das Überleben menschlicher Zivilisation.

Bei einem „Die-In“ lag ich da auf dem Boden und spürte deutlich Trauer, Angst, Verzweiflung und Hilflosigkeit in einer Stärke und Klarheit als zuvor. Die wissenschaftlichen Fakten bekamen durch die Gefühle endlich angemessenes Gewicht angesichts der von Profiten weniger fortschreitenden Existenzbedrohung menschlicher Zivilisation und alltäglichem Massen-Artensterben. Dadurch wurden viele Sicherheitsannahmen über meine Zukunft weggefegt. Sichere Rente, Beruf, Wohnort? Gibt's nicht - diese Unsicherheit kennen weltweit viele, insbesondere jüngere Menschen.

Warum kam gerade da diese Veränderung?

Wie bei den meisten Menschen lag es bei mir nicht am Wissensmangel. Ich möchte das Phänomen hier „Simulation“ nennen. Ich hatte mich in einer Realitätssimulation befunden: Eine beeindruckende Hirnleistung, entgegen einer veränderten äußeren Realität weiter so zu denken, zu fühlen und zu handeln, als hätte sich nichts geändert. Zunehmende Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöte, Artensterben konnte ja früher schon aus der Simulation gestrichen werden.

Warum sind Simulationen gegen die Realität so mächtig?

Bewertungen und Entscheidungen sind eine enorme Anstrengung – entsprechend gibt es viele Sparmaßnahmen, z.B. blenden wir Informationen aus und sind von Entscheidungen schnell erschöpft. Normalität erspart Anstrengung. Wenn ich weiß, dass ich nie Kaffee mag, und mich jemand fragt, kann ich quasi automatisch sagen „Ich mag keinen Kaffee“ – erledigt. Keine Entscheidung, keine Bewertung notwendig.

Zusätzlich gibt es noch eine zweite Ebene. Verknüpfungen werden im Gehirn auch durch Wiederholung gestärkt – das heißt, je häufiger das Gehirn etwas denkt oder hört, desto wahrscheinlicher wird, dass es als Denkmuster hinterlegt wird.

Foto links: Fridays for Future. Ein Bild eines Protests in Italien.

© Maurizio Costantino, CC BY-SA 2.0

Foto rechts: Klimaprotest am Weißen Haus.

© Victoria Pickering, CC BY-NC-ND 2.0



Autor:
GEORG ADELMANN
Diplom-Psycholog:in und angehende:r Verhaltenstherapeut:in. Er hält gern Vorträge und Workshops zu gesundem Aktivismus, Lebensfreude, Emotionen und Gewaltfreie Kommunikation und unterrichtet nebenbei Pflegeschüler*innen und angehende Fachpfleger*innen. Er ist ehrenamtlich beim Bund für Soziale Verteidigung, der DPTV und den Psychologists/ Psychotherapists for Future administrative & aktivistisch aktiv.



Foto links:
Fridays for Future

© Martin von Creytz,
CC BY-SA 2.0

Foto rechts:
Klimaprotest
am Weißen Haus

© Victoria Pickering,
CC BY-NC-ND 2.0



Hierdurch entsteht dann nicht nur ein Gefühl von Normalität, sondern eine Normalitätssimulation – denn selbst wenn dann die Grundlagen für die Normalität nicht mehr gegeben sind, wird vom Gehirn die Normalität weiter simuliert. Eine Änderung der Normalität kostet nämlich viel Kraft und Ausdauer – alle, die schon mal endlich mit Sport anfangen wollten, obwohl sie jahrelang die Normalität aufrechterhielten, es nicht zu tun, kennen das Problem. Noch schwieriger ist es an Stellen, an denen auch das bewusste Ich lieber nicht hinschauen möchte.

Wenn die Partner*in sich trennt, der andere Mensch das aber nicht wahrhaben möchte. Oder ich finanziell plötzlich deutlich schlechter dastehe, aber weiterhin einen nun für mich zu teuren Lebensstil pflege – wie mit der Klimakrise.

Diese Normalitätssimulation ist so mächtig, dass es uns schwerfällt, die zu Grunde liegende Realität überhaupt noch zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass auch in der physischen Realität alles bleibt, wie wir es kannten.

Normalitätssimulation und Realitätssimulation verstärken sich somit gegenseitig – und sind beide in uns konstruiert. Entsprechend können sie dekonstruiert werden.



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an **info@soziale-verteidigung.de** mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.

Der Ausgang

Mir half enorm, Ende 2021 mit der Tätigkeit in der Klinik aufgehört zu haben, um mehr Zeit gegen die Klimakrise zu haben. Meine Alltags-Normalität war dadurch schon durchbrochen. Das machte es leichter, auch die Realitätssimulation zu durchbrechen und in einer echteren Realität anzukommen – mit all den Gefühlen, die diese tiefere Erkenntnis mit sich brachte.

Entsprechend der Ratschlag für alle: Unterbrecht eure Normalitäten, das Abwarten auf Andere – unser Überleben in dreißig Jahren hängt jetzt davon ab, politisch so viel Druck zu machen wie möglich. Wir können nur mit massiven Anstrengungen freiwillig gegen die milliarden schwere Fossil-Lobby erfolgreich sein, leider. Ich hätte gern ein anderes, entspannteres Leben – aber ich will nicht in die Simulation zurück. Und meine Gefühle helfen mir dabei, Orientierung zu finden in einer Welt, in der wir immer wieder in Entschuldigungen, Ausreden, Verzögerungen eingeflochten werden sollen.

Alles, was diese Simulationen in Frage stellt, z.B. neue Rituale und Lebenssituationen, helfen unseren Gehirnen, aus den Simulationen auszusteigen. Wenn Du soweit gelesen hast, ist dieser Satz deine Einladung, heute damit anzufangen. Es gibt eine Menge „for Future“ Gruppen, die wir unterstützen können – gemeinsam ist es viel leichter.



Fotos: Demo gegen Rassismus und Ausgrenzung in Hamburg

© Brainbitch, CC BY-NC 2.0

Ableismus „Wir werden oft vergessen“

„Es gibt nur wenige Veranstaltungen, die über Ableismus - die Diskriminierung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen - sprechen. Wir werden oft vergessen“, sagt eine Teilnehmerin eines Workshops, den der BSV im Rahmen des Projekts „Stark gegen Diskriminierung und Gewalt“ organisiert hat.

Die Online-Veranstaltung war Teil einer Reihe von Workshops mit dem Schwerpunkt Solidarität mit Menschen, die von Rassismus, Sexismus und Ableismus betroffen sind.

Moderiert von der Anti-Rassismus-Trainerin Nicole Amoussou, brachte er Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland und mehreren westafrikanischen Ländern, darunter Benin, Kamerun und Guinea, zusammen.

Die Teilnehmer*innen sprachen über dieselbe Form der Diskriminierung, aber aus unterschiedlichen Perspektiven. Während die Teilnehmer*innen aus Deutschland eher über „strukturellen Ableismus“ in einer kapitalistischen Gesellschaft sprachen, konzentrierten sich die Perspektiven der Teilnehmer*innen aus den westafrikanischen Ländern eher auf die alltäglichen Herausforderungen - Stigmatisierung, Mobilität und traditionelle Überzeugungen.

Es wurde jedoch deutlich, dass unabhängig davon, wo man lebt, Diskriminierung gegen Menschen mit Behinderung ein gesellschaftliches Problem ist, das auf der falschen Annahme beruht, dass die körperlichen, kognitiven und sensorischen Unterschiede, mit denen Menschen mit Behinderungen leben, Defizite sind, was im medizinischen Modell von Behinderung verwurzelt ist, das davon ausgeht, dass Menschen mit Behinderungen „repariert“ werden müssen.

Ableismus im Kontext des Kapitalismus basiert auf dem Verständnis von Behinderung und Fleiß. Das heißt, der Kapitalismus stellt die Produktivität in den Vordergrund: Dein Wert und deine Würde liegen darin, wie viel du für den Profit produzieren kannst. Dies zeigt sich insbesondere in physischen, umweltbedingten und einstellungsbedingten Barrieren, die eine ganze Gruppe von Menschen als „weniger wert“ ausschließen und stigmatisieren.

„Inklusion in einer kapitalistischen Gesellschaft ist eine Illusion. Tatsächlich ist Ableismus ein Produkt des Kapitalismus - es ist ein System, das nicht für



© Privat

Autor:

TEJAN LAMBOI

ist als Bildungsreferent des BSV verantwortlich für das Projekt „Stark gegen Diskriminierung und Gewalt“.

Foto:
Protest gegen Rassismus in Spanien
„Niemand ist illegal“

© Txeng Meng,
CC BY-NC 2.0



Menschen gemacht ist, die anders sind", sagt ein Teilnehmer.

„Dies sind Themen, über die wir so oft wie möglich sprechen sollten. Wir müssen den richtigen Personen und Institutionen die richtigen Fragen stellen - denjenigen, die den Profit über das menschliche Wohl stellen. Leider sprechen wir in unseren Gesellschaften nicht genug darüber", sagt er.



Ableismus sollte nicht nur unter kapitalistischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wie im Workshop betont wurde, sind die häufigsten Formen in alltäglichen Interaktionen zwischen und unter Menschen zu finden. Zum Beispiel, wenn man jemanden fragt, „was mit ihm los ist“, oder die Annahme, dass Menschen mit Behinderungen immer Hilfe brauchen, und versuchen, ihnen zu „helfen“, obwohl sie nicht darum gebeten haben und in der Lage sind, sich selbst zu helfen; die Sprache, die wir verwenden, um über Menschen zu sprechen, die anders sind und besondere Bedürfnisse haben. Die Liste geht weiter und weiter...

Ich muss zugeben, dass wir (das Projektteam) bei der Planung der Veranstaltung auch nicht integrativ waren. Wir haben nie darüber nachgedacht, wie wir einen Workshop barrierefrei gestalten könnten. Erst als ein Teilnehmerin uns zu Beginn mitteilte, dass er eine Gebärdensprache benötige, konnten wir eine organisieren. Der Übersetzer kam erst nach etwa der Hälfte des Workshops dazu. Dies wurde in der Diskussion über ein typisches Beispiel von Behindertenfeindlichkeit thematisiert.

Der letzte Teil des Workshops beschäftigte sich mit der Frage, wie wir Verbündete sein können, um Menschen mit besonderen Bedürfnissen auf nicht-diskriminierende oder nicht-paternalistische Weise zu unterstützen. „Beschäftigen Sie sich mit den verschiedenen Formen von Diskriminierung und wie sie sich äußern. Wie bei allen anderen Formen von Diskriminierung kann man nur dann Solidarität zeigen, wenn man ausreichend darüber informiert ist, worüber man spricht“, betonte ein anderer Teilnehmer.

Für mich war es ein sehr bewegender Workshop, der mich aus meiner Komfortzone herausgeführt hat - eine Lernkurve. Als Anti-Rassismus-Trainer wurde mir bewusst, wie sehr ich mich in die Diskussion über Rassismus vertieft habe und anderen Formen von Gewalt und Diskriminierung sehr wenig Aufmerksamkeit schenkte. Meine Motivation, diesen Artikel zu schreiben, ist es, die Lektionen zu betonen, die ich aus diesem speziellen Workshop gelernt habe - nämlich dass wir besser darauf vorbereitet sind, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung zu bekämpfen, wenn wir sie aus einer intersektionalen Perspektive verstehen und angehen.



Foto: Bei einem Protest der WRI in London 2017

© Stephan Brües

„Not Our War“ in Utrecht Kriegsdienstverweigerung in Russland, Belarus und Ukraine

Die War Resisters' International wurden 1921 in Bilthoven, einer kleinen Stadt nahe Utrecht gegründet. Das 100-jährige Jubiläum wollte man in den Niederlanden begehen. Nach der WRI-Konferenz in Bogota 2019 fand sich eine Gruppe zusammen, an der neben Aktivist*innen aus den Niederlanden u.a. WRI-Mitglieder aus Deutschland beteiligt waren. Zunächst war Mai/Juni, dann September 2021 als Termin vorgesehen, schließlich wurde die Veranstaltung auf den 09.09.-11.09.2022 terminiert.

Aber das Fundraising hat leider nicht funktioniert, sodass nur Geld für ein ein-tägiges Event vorhanden war, das Kriegsgegner*innen aus der Ukraine, Russland und Belarus ein Forum bieten sollte. So wurde aus „Future Without War“ „Not Our War“. Hochkarätige Aktivist*innen waren in Präsenz (Olga Karatch, Rudi Friedrich, Mark Akkerman) oder online zugegen (Yurii Sheliazhenko, Alex Belik und Christine Schweitzer).

Yurii Sheliazhenko (Pazifistische Bewegung der Ukraine) machte klar, dass der Krieg sofort beendet werden müsse und verwies darauf, dass die eh schon rudimentäre Gesetzgebung zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) inzwischen ausgesetzt wurde. Männliche Ukrainer dürfen damit nicht nur nicht das Land verlassen, sondern sie dürfen auch nicht den Kriegsdienst verweigern. Connection e.V. schätzt die Zahl der Ukrainer, die deshalb sich im Land verbergen oder doch einen Weg ins Ausland gefunden haben, auf 145.000 Männer.

Olga Karatch (Nash Dom) hat direkt nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine einen Aufruf in den Sozialen Medien gestartet, und die jungen Belarussen aufgerufen, den Einberufungsbescheiden nicht Folge zu leisten und stattdessen zu fliehen oder unterzutauchen. Das Video wurde hunderttau-



© Privat

Autor:

STEPHAN BRÜES ist Ko-Vorsitzender des BSV und Mitorganisator von „Not Our War“.

Foto links:
Alex Belik © privat

Foto Mitte:
Olga Karatch © privat

Foto rechts:
Yurii Sheliashenko © privat



sendfach geliked oder weitergeleitet. Von den 42.000 jungen Männern, die im Frühjahr eine Einberufungsankündigung erhielten, haben 20.000 sich geweigert, dem Folge zu leisten und sind nach Georgien und in die Türkei geflohen, wenige auch nach Polen und Litauen. Olga fordert von den EU-Mitgliedsländern, dass sie einen humanitären Korridor für KDVer aus Belarus und Russland sowie der Ukraine schaffen und allen Schutz gewähren.

Alex Belik von der KDV-Bewegung Russlands sprach davon, dass 100.000 junge Russen (bis Ende November wohl 150.000, Anm. der Red.) nach Georgien und in die Türkei geflohen sind, viele von ihnen flüchteten vor einer möglichen Einberufung in die Armee. Alex berät als Anwalt KDVer und arbeitet mit der finnischen KDV-Bewegung zusammen.

Rudi Friedrich (Connection e.V.) hat die Solidaritätsarbeit der Friedensbewegung in Deutschland vorgestellt und auf die unzulängliche Aufnahmeprozedur von KDVERN, Deserteuren und Wehrpflicht-Entziehern in Deutschland hingewiesen. Er bewarb die Petition an EU-Gremien, die eine Aufnahme von KDVERN aus Russland und Belarus und die Wiedereinsetzung des KDV-Rechts in der Ukraine fordert: <https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

Mark Akkerman (Stop Wapenhandel) hat über die Profiteure des Ukraine-Krieges aus der Rüstungsindustrie gesprochen: Sie verdienen nicht nur an den Waffenlieferungen, sondern auch an den massiven Aufrüstungsplänen fast aller Staaten weltweit.

Christine Schweitzer (BSV) beschrieb die gewaltfreien Alternativen zum Krieg – die Soziale Verteidigung und das Konzept des Zivilen Peacekeepings.

Nach dem gemeinsamen Abendessen und einer Einführung in ein friedenspolitisches Spiel von Nina Koevoets von Peace.Power.org gab es Workshops von Yurii, Alex, Rudi Friedrich und Olga, in denen die 30-40 Teilnehmenden im Kulturzentrum Kargadoor Fragen stellen und diskutieren konnten.

Die Veranstaltung ist inzwischen in einem Hintergrund- und Diskussionspapier in englischer Sprache dokumentiert, in der die Vorträge nachgelesen oder zumindest die Powerpointfolien angeschaut werden können (s. Seite 19).



Neue Hintergrund- und Diskussionspapiere

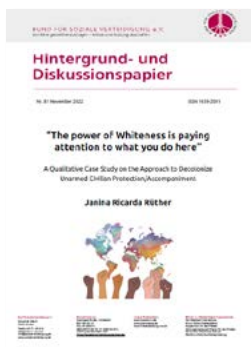


Kredite für den Krieg? Staatsverschuldung und Konflikte im Globalen Süden

Dokumentation eines Fachgesprächs am 17.9.2022, HuD Nr. 82

Das Papier enthält die Vorträge von den drei Hauptreferent*innen der Veranstaltung: Jürgen Kaiser, Lidy Nacpil und Mirjam Weiberg.

3,-Euro für das Papier, die PDF gibt es (demnächst) kostenlos auf unserer Website.



Janina Ricarda Rüter (2022): „The power of Whiteness is paying attention to what you do here”. A Qualitative Case Study on the Approach to Decolonize Unarmed Civilian Protection/Accompaniment.

In englischer Sprache, HuD Nr. 81

Das Papier ist die überarbeitete Masterarbeit der Autorin zum Thema Ziviles Peacekeeping und Überwindung von Rassismus und kolonialem Erbe.

6,- Euro für das Paper, die PDF gibt es kostenlos auf unserer Website.

<https://www.soziale-verteidigung.de/the-power-whiteness-paying-attention-to-what-you>



„Not Our War”. Documentation of an Event on the Occasion of the 100th Birthday of War Resisters International

Zusammengestellt von Stephan Brües, in englischer Sprache, HuD Nr. 80

Das Papier enthält u.a. die Vorträge zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern aus Russland, der Ukraine und Belarus, sowie einen Vortrag zu Waffenhandel im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

5,- Euro für das Paper, die PDF gibt es kostenlos auf unserer Website.

<https://www.soziale-verteidigung.de/war-documentation-event-the-occasion-the-100th-birthday-war-resisters-international>



Neues Informationsblatt: Feministische Außenpolitik

Unsere Informationsblätter stellen aktuelle Begriffe oder Fragestellungen in kurzer, eingänglicher Form vor. Im November ist ein neues, von Katharina Kölbl verfasstes Papier zu Feministischer Außenpolitik erschienen. Es kann von unserer Website heruntergeladen oder kostenfrei bestellt werden: <https://www.soziale-verteidigung.de/shop/feministische-aussenpolitik-chance>



Tagung zu Sozialer Verteidigung und Mitgliederversammlung 2023

12.-14. Mai 2023 in Hannover (Naturfreundehaus)

Ziel unserer Tagung ist, das Konzept der Sozialen Verteidigung vor- und zur Diskussion zu stellen. Wir möchten fragen, gegen was / wen wir uns eigentlich verteidigen wollen, was aus historischen Beispielen zivilen Widerstands gelernt werden kann und wie das Konzept der Sozialen Verteidigung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden kann. Auch der zivile Widerstand in der Ukraine wird eine Rolle spielen, ebenso wie die neue Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen!“. Das Programm der Tagung gibt es hier auf unserer Website:

<https://soziale-verteidigung.de/node/637>

Am Sonntag findet im Anschluss die jährliche Mitgliederversammlung statt. Dort stehen auch Vorstandswahlen auf der Tagesordnung.



“

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungskraft für kommende Leiden ist fast noch geringer.

Bertolt Brecht, Rede für den Frieden, 1952

”



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de